



Brüssel, den 03.05.2024. Der Deutsche Landkreistag hat im Vorfeld der bevorstehenden Europawahl einen Katalog an Forderungen aufgestellt. Konkret werden damit die kreiskommunalen Positionen in zehn unterschiedlichen Handlungsfeldern im Hinblick auf den Europawahlkampf und nach der Wahl gegenüber den neu zusammengesetzten EU-Institutionen verdeutlicht.

Bereits der erste Vorschlag des Deutschen Landkreistages beschäftigt sich mit der Überregulierung in der Europäischen Union. Zu Recht wird kritisiert, dass sich die Folgenabschätzung bei Legislativvorschlägen der EU-Kommission nicht mit dem zu erwartenden Verwaltungsaufwand für Kommunen beschäftigt. Die Kommunen sind zunehmend mit einer kaum zu bewältigenden Überregulierung und Normenkomplexität konfrontiert, die aufgrund des Personalmangels und der vielerorts schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen zusätzlich verschärft werden. Ich trete als Spitzenkandidat der Partei Bündnis Deutschland dafür ein den Subsidiaritätsgedanken und den Grundsatz „one in, one out“ konsequent zu wahren. Die EU-Kommission muss seitens der im Parlament vertretenen Parteien dazu angehalten werden, von einer überbordenden Regelungsdichte abzusehen und sich auf Felder der Gesetzgebung zu konzentrieren, für die europäische Regelungen einen echten Mehrwert bringen. Bürokratie muss konsequent abgebaut werden. Was national besser geregelt ist oder geregelt werden kann, soll wieder und weiterhin auf nationaler Ebene beschlossen werden. Die weitergehende Einschränkung der kommunalen Handlungs- und Ermessensspielräume lehnen wir ab, insbesondere wenn es sich dabei um Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung handelt, die im Widerspruch zum Vertrag von Lissabon stehen.

Bündnis Deutschland teilt darüber hinaus die Forderung nach einer Beendigung der Diskussion über die halbjährliche Zeitumstellung in der EU. Bereits in früheren Beiträgen und Pressemitteilungen hatte ich darauf hingewiesen, dass ein Ende der Zeitumstellung, die zu gesundheitlichen Problemen bei Menschen führen kann und dadurch mit Aufwand für die Gesundheitsversorgung zuständiger Landkreise und gewissen Verwaltungslasten einhergeht, erstrebenswert erscheint. Bereits 2019 hatte sich das EU-Parlament für eine Abschaffung der Sommerzeit ausgesprochen, passiert ist seither nichts. Es ist im Sinne aller Mitgliedsstaaten, diese Diskussion abzuschließen.

Im Bereich der europäischen Asyl- und Migrationspolitik spricht sich der Deutsche Landkreistag dafür aus, die überfällige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) schnellstmöglich umzusetzen, um die irreguläre Migration nach Deutschland zu begrenzen. Die Liste sicherer Herkunftsstaaten sei auszuweiten, um die

Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu erleichtern. Die Kindergeldhöhe für in Deutschland lebende EU-Ausländer solle darüber hinaus nach den Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes ausgerichtet werden. Auch in diesen Punkten decken sich die Positionen des Deutschen Landkreistages mit denen von Bündnis Deutschland. Unsere Städte und Kommunen sind bereits seit Jahren mit den Herausforderungen der irregulären Massenmigration nach Deutschland überfordert. Es mangelt an Wohnraum, Sprach- und Integrationskursen. Verwaltung und Polizei sind personell unterbesetzt und müssen gestärkt werden, um den derzeitigen Anforderungen gerecht zu werden. 2023 wurden allein in Deutschland 351.915 Asylanträge gestellt und dabei sind die ukrainischen Flüchtlinge seit Ende Februar 2022 nicht berücksichtigt. Es ist daher zwingend notwendig, die Konstruktionsfehler des europäischen Asylsystems zu beheben. Ein bloßes Asylgesuch darf nicht bereits ein faktisches Bleiberecht in der EU ermöglichen. Pull-Faktoren sind abzubauen, der Grenzschutz zu verstärken und die Möglichkeit der Antragsstellung und -prüfung in Drittstaaten ist zu schaffen. Darüber hinaus müssen das Dublin-System und die Kategorie der unmenschlichen Behandlung infolge widriger Lebensumstände, die Richter aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ableiten, den derzeitigen Herausforderungen angepasst werden, um dem Refoulement-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention in zeitgemäßer Weise gerecht zu werden.

Bündnis Deutschland steht bei der Europawahl folglich als starke Stimme für die Interessen der deutschen Landkreise zur Wahl. Wir wollen die Kommunen in ihrer Eigenverantwortung stärken und im Angesicht hybrider Krisen deutlich entlasten.